

Auch in diesem Jahre ist der Geschäftsgang in sämtlichen Betrieben recht gut, die Umsätze sind gegen den gleichen Zeitraum des Vorjahres abermals gestiegen. Reingewinn 1 651 877 (1 645 608) M. Dividende wieder 23%. *Gl.*

**Neugründungen** (Kapital in 1000 M). Sirubin-Werke, G. m. b. H., Berlin (240); Malz-Urquell, Fabrikation und Vertrieb alkoholfreier Malzgetränke, G. m. b. H. (200); Unterweser Tonwerke Oldenburg, G. m. b. H., Bremen (125); Worringer Tonverwertungs-Ges. m. b. H., Worringen (20); Bohrges. Elfriede, Celle, Gew. v. Erdölen u. a. Mineralien (20); Gabbrolin, G. m. b. H., Dresden, Kunststeine (40); Gewerkschaft Mechernicher Werke zu Mechernich, Reg.-Bez. Aachen, Bergwerksbetrieb, (1000teilige Gewerkschaft); Karl Persch, G. m. b. H., Glauchau, Färberei u. Appreturgeschäft (450); Kuki-Ges. m. b. H. vorm. Carl Mähler & Co., Rolandseck a. Rh., Chem.-techn. Präparate (100); Kaliwerke Rothehof, G. m. b. H., Hildesheim (20); Schauten & Hilger, G. m. b. H., Parfümeriefabrik (20); Chemische Zentrale Benneckenstein, G. m. b. H. (32); Essener Koksofenbauges. m. b. H., Essen *dn.* (240).

### Dividenden:

	1910 %	1909 %
Chemische Düngerfabrik Rendsburg. .	10	8
Chem. Werke vorm. H. & E. Albert, Amöneburg. . . . .	32	32
Ölwerke Stern-Sonneborn Hamburg. .	11	10
Stettiner Schamottfabrik Didier. . .	14	17

### Tagesrundschau.

**Berlin.** Der Deutsche Ausschuß für Technisches Schulwesen, in dem die meisten großen technischen Vereine Deutschlands gemeinsam an der Förderung des gesamten technischen Unterrichtswesens arbeiten, hat die Ergebnisse der letzten großen Arbeiten, soweit sie sich auf die technischen Mittelschulen erstrecken, nunmehr der Öffentlichkeit übergeben („Abhandlungen und Berichte über technisches Schulwesen“ Bd. I und II, Verlag von B. G. Teubner in Leipzig). Welch große Bedeutung diesem mittleren technischen Schulwesen inne wohnt, ergibt sich schon aus der Zahl der Besucher der technischen Mittelschulen. Berücksichtigt man nur die maschinentechnischen Fachschulen mit einer Unterrichtsdauer von mindestens anderthalb Jahren, so bestehen in Deutschland zurzeit 23 staatliche mit ungefähr 4000 und 32 nichtstaatliche mit ungefähr 6000 Besuchern. Gerade aus der großen Zahl der nichtstaatlichen Schulen ergibt sich auch ohne weiteres, welch großes Interesse die Öffentlichkeit an diesen zum Teil nur aus Erwerbsinteresse gegründeten Schulen haben muß. Neben manchem Erfreulichem haben nun gerade die eingehenden Untersuchungen ergeben, daß hier doch auch Übelstände schwerster Art vorliegen. Der Deutsche Ausschuß hat deshalb in einer an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten gerichteten Eingabe besonders hierauf hingewiesen. Es wird in dieser Eingabe, was eigentlich selbstverständlich sein sollte, verlangt, daß die Lehrziele mit den Aufnahmebedingungen und deren Handhabung mit den Einrich-

tungen der Schule und mit der Zusammensetzung des Lehrkörpers in Einklang stehen sollen. Ferner sollen in den Ankündigungen keine irreführenden Angaben gemacht werden. Hierher gehören vor allem die von einigen neueren Schulen besonders beliebten hochschulähnlichen Namen, wie Akademie, Polytechnikum usw. Ebenso sind Zeugnisse zu verbieten, die mit den staatlich geschützten Diplomen verwechselt werden können. Manche derartige Schulen wollen eine besondere Daseinsberechtigung dadurch für sich in Anspruch nehmen, daß sie zwischen den vorhandenen technischen Mittelschulen (höheren Maschinenbauschulen) und den Hochschulen eine Zwischenstufe bilden wollen. Auch hiergegen wendet sich der deutsche Ausschuß, weil er in den Bedürfnissen der Industrie nicht die Notwendigkeit für eine solche Zwischenstufe erkennen kann.

Es wäre dringend zu wünschen, wenn alle diese auf eingehende Untersuchungen fußenden Grundsätze des Deutschen Ausschusses baldmöglichst, nötigenfalls im Wege der Gesetzgebung in allen Bundesstaaten gleichmäßig zur Durchführung gebracht werden könnten. Jedenfalls wird es dringend erforderlich sein, die weite Öffentlichkeit und alle interessierten Kreise über die heutigen Verhältnisse des technischen Schulwesens aufzuklären. Auch hierfür stellt sich die Geschäftsstelle des Deutschen Ausschusses für Technisches Schulwesen, Berlin NW. 7, Charlottenstr. 43, allen denen, die an diesen Fragen interessiert sind, gern zur Verfügung.

**Essen-Ruhr.** Ein besonders schwerer Fall sozialdemokratischer Verhetzungstätigkeit kam neuerdings in Essen zu gerichtlicher Entscheidung.

Naturngemäß sind den sozialdemokratischen Agitatoren diejenigen Industrieunternehmungen besonders unangenehm, in denen ein friedliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern herrscht, und ihr ganzes Streben geht dahin, dieses für ihre Parteizwecke wenig förderliche Verhältnis nach Möglichkeit zu trüben. Aus diesem Grunde hat der sozialdemokratische Arbeitersekretär Otto Hilpmann in Essen die Chemische Fabrik und Zinnhütte Th. Goldschmidt ganz besonders zum Gegenstand seiner Hetztätigkeit gemacht und immer wieder versucht, durch eigens zu diesem Zwecke einberufene Versammlungen die mit ihrer Lage im allgemeinen sehr zufriedenen Arbeiter der Firma Th. Goldschmidt aufzuhetzen, indem er ihnen allerhand Unwahrheiten und Entstellungen auftrug. — Um diesem Treiben entgegen zu wirken, schickte die Firma Angestellte in die Versammlungen, die Herrn Hilpmann widerlegten und seine Hetztätigkeiten behinderten. Infolgedessen sah er sich veranlaßt, die Vertreter der Firma von diesen Versammlungen auszuschließen und zwang dadurch die Firma, ihren Arbeitern unter Androhung der Entlassung die Teilnahme an diesen Versammlungen zu untersagen. — Aus Ärger über dieses Verbot veröffentlichte Hilpmann in der Arbeiterzeitung in Essen einen Artikel, in dem u. a. folgendes behauptet wird:

„Wer das gute Verhältnis zwischen Arbeitern und der Firma trübt, mag folgender Fall beweisen: „Ein 66 Jahre alter Arbeiter fühlte sich außerstande, die Arbeit in der Fabrik weiter zu verrichten,

wurde aber von der Firma nicht pensioniert. Er zog es deshalb vor, lebendig zu verhungern, als auf die Pension zu warten. Zu diesem Zweck entfernte er sich von seiner Wohnung, man fand ihn später völlig entkräftet und brachte ihn ins Krankenhaus. Feine Wohlfahrt, was? Wer nun noch nicht glaubt, welch ein gutes Herz die Firma für ihre Arbeiter hat, der erfährt es aus dem letzten Teile des Anschlages. Wird doch den Mitgliedern des Fabrikarbeiterverbandes und denen, die es noch werden wollen, einfach mit Entlassung gedroht. Es ist dies die alte Unternehmertaktik, diejenigen Arbeiter, welche von dem gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch machen, zu entlassen, um sie durch Hunger gefügiger zu machen.“

Wegen dieses Artikels wurde Hilpmann wegen Beleidigung des einen Inhabers der Firma Th. Goldschmidt, Dr. Karl Goldschmidt, verklagt. In der Verhandlung erschien der alte Arbeiter, der angeblich aus Verzweiflung über die verweigerte Pensionierung den Hungertod gesucht hatte. Er machte den Eindruck eines behäbigen Bürgersmannes. Er erklärte, daß er mit seiner Stellung bei der Firma Th. Goldschmidt stets völlig zufrieden gewesen sei. Es sei nicht richtig, daß er erfolglos um seine Pensionierung eingekommen sei. Er habe nur die ihm von der Firma übertragene leichte Arbeit möglichst lange weiter verrichtet, weil er so ein viel größeres Einkommen gehabt habe, als wenn er pensioniert wurde. Als ihm die Tätigkeit schließlich wegen seines hohen Alters zu beschwerlich geworden sei, habe ihn die Firma anstandslos pensioniert. Er sei allerdings eines Tages von Hause weggegangen und habe sich herumgetrieben, doch dies sei nur infolge von Wahnvorstellungen geschehen, die sich bei ihm zuweilen einstellen, weil er an Arterienverkalkung leide. Es könne daher keine Rede davon sein, daß ihn die verweigerte Pensionierung oder Nahrungsorgen zur Verzweiflung und zu dem Entschlusse getrieben hätten, Hungers zu sterben, er lebe vielmehr in durchaus geordneten Verhältnissen.

Unter dem Eindruck dieser für Hilpmann vernichtenden Zeugenaussagen erkannte das Gericht auf eine Geldstrafe von 150 M, ev. 30 Tage Gefängnis. [K. 371.]

## Personal- und Hochschulnachrichten.

Durch Entschließung des Kgl. bayer. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten vom 13. d. M. wurden für die Aufnahme von Ausländern an der Kgl. Techn. Hochschule in München folgende Maßnahmen verfügt: Russische Staatsangehörige werden nur als Studierende zugelassen, sofern sie das Absolutorium eines achtklassigen russischen Gymnasiums besitzen, und außerdem eine russische technische Hochschule bereits besucht haben oder die erforderliche Aufnahmeprüfung an eine russische technische Hochschule bestanden haben. Es dürfen in einem Semester nur so viele Russen aufgenommen werden, als im vorangegangenen Jahre jeweils ausgetreten sind. Die Höchstzahl der zuzulassenden Studierenden aus Bulgarien wurde auf 80, aus Griechenland auf 26, aus Rumänien auf

32, aus der Türkei auf 10 und aus Serbien auf 22 festgesetzt. Auch für die bayerischen Landesuniversitäten wurde eine ähnliche Beschränkung für die Zulassung von Studierenden aus Rußland und den Balkanstaaten verfügt. An der Universität München, an welcher im letzten Wintersemester die Zahl der russischen Studierenden über 400 betrug, wurde die Höchstzahl für dieselbe auf 200 festgesetzt und demgemäß die Neinskription russischer Studierender bis auf weiteres eingestellt. Ferner dürfen Studierende aus den Balkanstaaten an allen drei bayerischen Landesuniversitäten nur mehr in einer Zahl aufgenommen werden, die dem Abgang von Studierenden der betreffenden Nationalität gegenüber dem letzten Semester entspricht.

Eine Gedächtnisfeier für J. H. v. t. Hoff hält die Deutsche Chemische Gesellschaft am Sonntag, den 14./5. 1911, 12 Uhr mittags, in der neuen Aula der Universität Berlin, am Opernplatz, ab. W. Ostwald wird die Gedenkrede halten (vgl. auch S. 743).

In Japan wird in Nagano eine Akademie für die Seidenindustrie, und in Akita eine Bergakademie errichtet.

Der bekannte Weizen- und Baumwollkönig James Patten in Chicago soll sich entschlossen haben, sein gesamtes Vermögen dem Kampf gegen die Tuberkulose zu widmen. Der Tod seines Bruders, der dieser zum Opfer fiel, habe ihn zu dem Entschluß gebracht. Er hat daher der Northwestern University in Chicago, der er bereits 2 500 000 M für denselben Zweck überwiesen hatte, neuerdings weitere 10 Mill. Mark gespendet.

Einen Vorbereitungskursus für einen Studienaufenthalt in England hält vom 27./4. bis 6./7. einschließlich Dr. Spies in der Handelshochschule Berlin (Spandauerstraße 1) Donnerstags 4—5½ Uhr ab. Dieser jedem zugängliche Kursus bietet außer Vorlesungen auch reichliche Gelegenheit zur Orientierung über alle das moderne England betreffenden Fragen in persönlicher Aussprache.

Auf der Jahresversammlung der Society of Dyers and Colourists am 30./3. in Bradford wurde Adolf von Baeyer die Perkin-Medaille für seine Indigo synthese (1878) verliehen.

Für die Staatsuniversität von Missouri hat die dortige Legislatur 100 000 Doll. für ein physikalisches und 60 000 Doll. für ein agrikulturchemisches Laboratorium bewilligt.

Prof. Albert A. Michelson, Leiter des physikal. Departements der Universität Chicago, wird in Göttingen im nächsten Sommersemester einen Cyclus von Vorlesungen halten.

Der Privatdozent für Physik an der Universität München, Dipl.-Ing. Dr. P. Debye, wurde als a. o. Prof. für theoretische Physik an die Universität Zürich berufen.

A. Maurizio, a. o. Prof. für Botanik und Warenkunde an der Techn. Hochschule in Lemberg, ist zum o. Prof. ernannt worden.

Der a. o. Prof. der anorganischen Chemie an der Universität Lausanne, Dr. L. Pellet-Jolivet, ist zum o. Prof. ernannt worden.

Dr. H. Tiemann, Wreschen, Direktor der Versuchsstation und Lehranstalt für Molkereiwesen, hat den Titel Professor erhalten.